

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
für ganz Teutschland 1 M. 60 Pf. pro  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Verlagsstellen  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Königl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-  
Weimar auch auf den 1ten Monat  
des Quartals à 54 Pf.  
Inserate  
betr. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,  
betr. Privatangelegenheiten und feste pr.  
Zeile 30 Pf.

# Vorwärts

Verlegungen  
werden an alle deutschen  
Verlagsstellen des J. 1877.  
Hilfs-Expeditoren  
New-York: E. S. ...  
Philadelphia: J. ...  
J. ...  
Boston N. J.: J. H. ...  
Chicago: W. ...  
San Francisco: J. ...  
London W.: G. ...

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 71. Mittwoch, 20. Juni. 1877.

### Sozialistisches Central-Wahlcomité.

Laut Beschluß des in Gotha stattgehabten Sozialisten-Congresses sind die Unterzeichneten als Central-Wahlcomité für die sozialistische Partei in Deutschland eingesetzt und haben dieses Amt übernommen.  
Sämtliche für das Comité bestimmten Briefe und sonstige Sendungen sind an E. Derossi oder S. Auer in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu richten; Gelder an A. Geib, Rödningmarkt 12, Hamburg.  
Hamburg, im Juni 1877.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
W. Hartmann, H. Brasch, Vorsitzende.  
E. Derossi, S. Auer, Sekretäre.  
A. Geib, Kassirer.

### 3000 Stimmen mehr!

Als am 10. Januar die Kunde von den Wahlsiegen der Sozialdemokratie in der deutschen Hauptstadt die Welt durcheilte, sprachen die Berliner Philisterorgane von der Ueberrumpelung, der die Partei der „Ordnung“ zum Opfer gefallen sei. Als nun bei der engeren und bei der folgenden Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreis, wie allerdings vorauszu sehen war, die Fortschrittspartei einen winzigen Sieg über die Sozialdemokratie errang, da jubelten die Herren Philister und fühlten sich von dem Banne, der auf ihnen bis dahin ruhte, erlöst.  
Als nun die Wahl im 6. Berliner Wahlkreis, dem Industrieviertel Berlins, für ungültig erklärt wurde, scharten sich die sogenannten Reichsfreunde, Fortschrittler, Nationalliberale, Conservative u. c. zusammen, um den Sozialisten gerade diesen Kreis wieder abzugewinnen.

Der wichtigste Kreis in Deutschland muß für die bürgerliche Ordnung erhalten werden, so tönte der Ruf der vereinigten „liberalen“ Parteien, die den früheren Sozialdemokraten und jetzigen Fortschrittler Ludwig Löwe auf den Schild erhoben. Es wurden die reichlichsten Vorbereitungen getroffen, man ahnte nicht nur, nein man äffte die Organisation der Sozialdemokratie bis in die kleinsten Details nach, man überschvemmte den Wahlkreis mit Flugblätter, in welchen der Sozialismus auf das Ärgste geschmäht und verleumdet wurde, man ließ die fortschrittlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten in den Versammlungen auftreten, voran den „edlen“ Eugen Richter, und dann ganze Kloaken gegen die Sozialdemokratie ausleeren; und diese Kloaken brachte man schließlich in Form von stenographischen Berichten in 50,000 Exemplaren den Bürgern ins Haus.

Und siegesfreudig schon vierzehn Tage vor der Wahl feierte das fortschrittlich-liberale Wahlcomité ein Siegesfest — es war allerdings zuerst nur ein sogenanntes Gartensfest, um Agitationsgelder für die fortschrittlichen Agitatoren Richter, Parisius, Hirsch, Anderte und Genossen herbeizuschaffen, doch im Laufe desselben, angeregt durch Bier und Brantwein, tritt ein Fortschrittsherr auf den Tisch und verkündet, daß man eigentlich doch schon berechtigt sei, das Siegesfest zu feiern, weil ja die Sozialdemokratie in Berlin jetzt schon zerschmettert zu den Füßen des Fortschritts liege.

„Und wie die Diener, so der Herr!“ Der Candidat der Fortschrittspartei, Herr Ludwig Löwe, wurde von einem sozialistischen Arbeiter in der bekannten Moabiter Versammlung gefragt, ob er das ehrene ökonomische Lohngesetz anerkenne und wie er eventuell dasselbe beseitigen wolle. Huldsvoll lächelnd meinte der große Ludwig, daß die Zeit schon zu weit vorgedrückt sei, um die Frage noch zu beantworten, doch werde er nach seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten, für die er schon im Voraus seinen Dank ausspreche, die an ihn gestellte Frage beantworten. Das kann nun allerdings wohl noch sehr lange dauern!

Man sieht aber, daß nicht allein die liberalen Parteien Alles aufgeboten haben, den Sieg zu erringen, sondern daß sie auch in voller Siegeszuversicht lebten. Es standen denselben neben ihrer Organisation, von der sie selbst rühmten, daß sie besser sei als die der Sozialdemokraten, eine zahlreiche Presse und reichliche Geldmittel zu Gebote, denen die letzteren nur ein Blatt, die „Berliner Freie Presse“, welche allerdings in hohem Maße ihre Schuldigkeit gethan hat, entgegensetzen konnten.

Von einer Ueberrumpelung am 14. Juni kann also nicht die Rede sein.  
Für die Sozialisten aber fiel folgender Umstand sehr erschwerend ins Gewicht. Es wurde nach den zu den allgemeinen Wahlen gültigen Listen auch am 14. Juni gewählt; neu eingezogene Arbeiter konnten natürlich nicht wählen, während mindestens 2000 Wahlberechtigte, meist Arbeiter, nach stattgehabten Ermittlungen aus dem Kreise fortgezogen waren. Dann aber arbeiteten gleichfalls an 2000 Maurer, Zimmerer, Tagelöhner, welche in dem Wahlkreis ihren Wohnsitz haben, auf Plätzen, die über eine Stunde von ihrem Wahllokale gelegen sind, so daß dieselben gleichfalls von ihrem Wahlrecht in geringerer Zahl Gebrauch machen konnten. Die Herren Liberalen hingegen holten mit Droßkähnen und Equipagen die Säumigen des Nachmittags in großer Zahl aus den Häusern.  
Der Kampf war ein gewaltiger — der Sieg unserer Partei deshalb aber auch ein entscheidender; während die Partei der „Ordnung“ im Vergleich zur Wahl vom 10. Januar eben 2000

Stimmen Zuwachs erhielt, stimmten über 3000 Männer mehr als am 10. Januar für den Candidaten des arbeitenden Volkes, für Hasenclever, trotzdem die liberale Presse immer geschrien hatte, daß bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten schon ihre sämtlichen Truppen mobil gemacht hätten.

Hochmuth kommt vor den Fall! Der Fortschritt mit seinen hochmüthigen Führern Eugen und Ludwig liegt zu den Füßen der triumphirenden Sozialdemokratie. Verdient hat er es — sein Gebahren, das Geschimpfe des Hrn. Richter und das Eigenlob des Herrn Löwe mußte bestraft werden. Das Volk hat den Richterspruch gethan.

Und es hat auch gerichtet über die Ungültigkeitserklärung der Wahl Hasenclever's im Reichstage, die aus formellen Gründen zwar gerechtfertigt werden konnte, aus materiellen aber nimmermehr erfolgen durfte.

Das Volk von Berlin aber hat auch gerichtet über alle Verfolger der Sozialdemokratie, insbesondere über den Herrn Tessenlofer, der noch wenige Tage vorher unsern bewährten Parteigenossen Bebel hatte verurtheilen lassen.

Aus allen diesen Gründen gewinnt die Wiederwahl Hasenclever's am 14. Juni eine größere Bedeutung.

12,752 Stimmen gegen 11,652, die Ludwig Löwe erhielt. Dann haben sich circa 90 Stimmen für den Polizeipräsidenten Radei entschieden, Borfig und Tessenlofer erhielten gleichfalls ein paar Stimmen.

Aber das Wichtigste bei der Wahl bleibt — 3000 Stimmen mehr als am 10. Januar trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Parteien der „Ordnung“ — 3000 Männer des Volkes sind aus ihrem Traum erwacht.

Wäge dem glänzenden Siege im 6. Berliner Wahlkreis der Sieg im 5. Berliner Wahlkreise folgen!

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Folgende Telegramme haben unsere Parteigenossen in Berlin in Folge des Wahlsieges am 14. Juni erhalten:

Parteigenossen Berlins! Ihr habt Euch gestern wieder gehalten. Die Arbeiter allerorts jubeln Eurem Siege zu. Ihr, die Kämpfer und Sieger vom 14. Juni, werdet Euch nicht minder tapfer am Montag, den 18. Juni, im fünften Wahlkreise schlagen. Hoch die Sache des arbeitenden Volkes!

Das sozialistische Central-Wahlcomité Deutschlands.  
Auer, Brasch, Derossi, Geib, Hartmann.

Ottensen, 15. Juni. Für den größten Sieg des Proletariats im größten Wahlkreise Deutschlands herzlichsten Glückwunsch.  
Die Sozialisten Ottensens.  
Südr.

Darmstadt, den 15. Juni. Den Berliner Parteigenossen ein Hoch!  
Die Darmstädter Sozialisten.

Budapest, 15. Juni. Hoch Eurem Wahlsiege! Unsere Achtung Euch Männern Berlins!  
Die Arbeiter von Budapest.  
Ihringer.

— Der Wahlkampf im 6. Berliner Wahlkreise wurde in den letzten Tagen mit großer Hartnäckigkeit geführt. Am letzten Sonntag Morgen besonders hat sich, — wie die „Berliner Freie Presse“ mittheilt, — die Disziplin und Opferwilligkeit der Sozialisten wieder einmal glänzend bewährt. In Massen waren die Hilfsmänner erschienen, um Wahlauftritte u. c. in Empfang zu nehmen und die weiteren Instruktionen zum Betrieb der Handogitation zu hören. Das Wahlcomité hatte schon vorher Alles gehörig geordnet, so daß die Vertheilung von Druckfachen rasch von Statten ging; und die nötigen Winke waren auch bald erteilt. Hernach ging es in Sektionen hinaus in den 6. Wahlkreis; Straße für Straße und Haus um Haus wurden vorgenommen. Trotz der glühenden, verzehrenden Hitze eilten die wackeren Genossen Treppe auf, Treppe ab, von Stube zu Stube, überall eilige Worte der Aufmunterung oder Belehrung an die Wähler richtend. Und diese befanden sich im Großen und Ganzen in recht guter Stimmung und empfingen die Hilfsmänner in der freundlichlichsten Weise. Man hat sie gespeist und getränkt; mancher verständnisvolle Händedruck wurde ausgetauscht, manches brüderliche Wort gewechselt, so daß man wohl sagen kann, dieser Sonntag hat die sozialistische Armee vollends mobilisiert und in schlagfertigen Zustand versetzt.“ Ehre den Berliner Genossen!

Interessant ist, wie sich die geschlagenen Gegner über ihre Niederlage zu trösten suchen. Die „Volkszeitung“ meint: „Die liberale Wahlagitation hat unzweifelhaft ihre Schuldigkeit im vollsten Maße gethan; dasselbe kann man leider nicht von den liberalen Wählern sagen. Es haben nur ungefähr 60 Prozent gewählt.“ Der „Boissischen Zeitung“ dagegen scheint der Schreck die Sprache geraubt zu haben, denn sie begnügt sich in ihrer Nummer vom 15. Juni mit der einfachen Mittheilung des Wahlergebnisses; wogegen die „Nationalzeitung“ herausgedüstelt hat, daß die Niederlage wesentlich den „Schwierigkeiten“ zu verbanken sei, „die dem Candidaten einer Coalition stets und überall begegnen.“ Es sind doch köstliche Räuze, diese Herren Gegner. Daß die Sozialdemokratie nur um deswillen den Sieg davongetragen hat, weil das Berliner Volk das heuchlerische Treiben der liberalen Parteien durchschaut hat, das kommt ihnen nicht in den Sinn.

— Einen recht zeitgemäßen Befehl, der auch an anderen Orten am Platze wäre, hat das Gouvernement der Stadt Berlin an die Truppentheile der Berliner Garnison erlassen. Der Befehl lautet Berliner Blättern zufolge also: „Es ist in letzter Zeit wiederholt von Seiten des Publikums bei dem Poli-

zeipräsidentium Klage darüber geführt worden, daß von Truppen die Bürgersteige und Promenadenwege für Fußgänger zum Marschieren und namentlich auch zum Reiten benützt worden sind. Nachdem das Gouvernement zu mehreren Malen darauf bezügliche Verbote erlassen und die polizeilichen Vorschriften in Erinnerung gebracht hat, wird es von jetzt ab gegen die Zuwiderhandlungen die gesetzlichen Strafen eintreten lassen. Abgesehen davon, daß die Truppen besonders verpflichtet sind, sich über polizeiliche Vorschriften nicht hinwegzusetzen, ist es für das Gouvernement doppelt geboten, die Beachtung dieser Vorschriften von der Garnison zu verlangen, als es gerade in letzter Zeit bei verschiedenen Fällen unmachtliche Bestrafung von Civilpersonen beantragt hat, welche gegen militärische Anordnungen verstoßen haben. Um deshalb etwaigen Uebertretungen von Seiten der Truppen vorzubeugen, sind dieselben von Zeit zu Zeit hiernach zu instruiren.“

Man kann sich ungefähr vorstellen, zu welchen Unzuträglichkeiten es bereits gekommen sein muß, wenn derartige Befehle erlassen werden; ob damit aber Wandel geschaffen wird, ist eine andere Frage.

— Die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“, diese so kläglich mißglückte sozialistenfeindliche Gründung, stellt sich jetzt als ein spezielles Nachwerk der Fortschrittspartei heraus, das bereits die nachgewendten Reihen der Berliner „Volkszeitung“: „Der Congreß der neuen freien deutschen Arbeiterpartei“, welcher in Kassel stattfand, ist von einigen Redakteuren in Hamburg und Kassel eingeleitet worden, welche sich um Bekämpfung der Sozialdemokratie namentlich bei den letzten Wahlen Verdienste erworben haben. Die in Kassel entworfenen Statuten bezeichnen als Hauptaufgabe die organisierte Vereinigung aller antizösozialdemokratischen Elemente zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das positive Programm des Vereins in der Arbeiterfrage, wie es die Zeitungen mittheilen, entspricht durchweg den zu Ostern von der Fortschrittspartei neuformulirten Parteigrundsätzen, soweit sie auf die Arbeiterfrage Bezug nehmen, insbesondere dem von der Fortschrittspartei im Reichstag zur Gewerbereform eingebrachten Antrage.“ — Das Unterfangen der Fortschrittler, ohne Beihilfe der Nationalliberalen im Trüben fischen zu wollen, hat den beiführenden Hohn und Spott der Letzteren herausgefordert, wovon wir unseren Lesern bereits ein Probchen geliefert haben, und die Niederlage, welche der „Fortschritt“ am 14. Juni im sechsten Berliner Wahlkreise davongetragen hat, dürfte die Nationalliberalen in Zukunft noch weniger geneigt machen, dem „feindlichen Bruder“ beizustehen.

— Zur Warnung auch für die deutschen Arbeiter theilen wir nachstehendes Inserat mit, welches in Baseler Blättern dieser Tage zu lesen war: „Posamenter und Weberinnen verlangt nach Philadelphia. Gesicherte Arbeit mit Bezahlung per Stück, Verdienst Fr. 10 bis 12 per Tag. Zeit der Abreise Ende Juli. Die Reisekosten haben die Leute selbst zu bestreiten. Näheres zu erfragen bei der Auswanderungs-Agentur von A. Zwillenbart, Nr. 12 Centralbahnplatz.“ — Nach allen Mittheilungen aus Nordamerika ist die Arbeitslosigkeit dort noch sehr groß. Hunderttausende sind noch ohne Arbeit und der anscheinend hohe Lohn wie die „gesicherte Arbeit“ sind wohl nur Köder. Möglicherweise auch, daß europäische Arbeiter gegen die amerikanischen Arbeitsgenossen in's Feld geführt werden sollen. Also Vorsicht!

— Das sächsische Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Bekanntmachung die Reichstagswahlen betreffend: „Der Reichstag hat in der Sitzung vom 19. April d. J. auf Grund des Berichtes seiner 1. Abtheilung über die bei Prüfung der Wahlverhandlungen wahrgenommenen Verstöße gegen das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt, S. 275) beschlossen, den Reichstanzler zu ersuchen, daß in geeigneter Weise auf Abstellung der bei den Verhandlungen über die Wahlen der Abgeordneten vorkommenden Mängel hingewirkt werde. Nach Inhalt des gedachten Berichtes sind als häufig wiederkehrende Verletzungen gegen die einschlagenden Bestimmungen insbesondere folgende hervorgehoben: 1) Bei vielen Wählerlisten war die Bescheinigung des Gemeindevorstandes darüber, doch und wie lange die Auslegung geschehen, zu vermissen — § 2, Absatz 3 des Reglements. 2) Die Verichtigungen der Wählerlisten sind öfters nur durch Streichungen und Einschreibungen ohne Angabe der Gründe am Rande der Liste bewirkt worden. Einige Wählerlisten waren gar nicht abgeschlossen, bei andern war die für sie bestimmte Frist nicht innegehalten, hin und wieder sogar der Abschluß vor Beginn der Auslegung datirt. Das zweite Exemplar entbehrte oft auch der amtlichen Bescheinigung der Uebereinstimmung mit dem Hauptexemplar — § 4, Absatz 1 und 2, Anfüge A. 3) Sehr häufig entbehrten die Wählerlisten und die Gegenlisten der Unterschriften des Wahlvorstandes, oder sie tragen nur die Unterschriften der Wahlvorsteher, nicht auch die der Protokollführer und Beisitzer — § 18, Absatz 3. 4) Ungültig erklärte Stimmzettel sind dem Protokolle nicht beigefügt, oder wenigstens nicht mit fortlaufenden Nummern versehen worden; auch hat man zuweilen unterlassen, die Gründe anzugeben, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt ist — § 20, Absatz 1. Auf Antrag des Herrn Reichstanzlers wird den beteiligten Behörden und Organen im diesseitigen Staatsgebiete solches mit der Veranlassung eröffnet, dafür Sorge zu tragen, daß bei künftighin vorkommenden Wahlhandlungen die wahrgenommenen Mängel vermieden und die maßgebenden Bestimmungen in korrekter Weise ausgeführt werden.“

Dresden, 4. Juni 1877.  
Ministerium des Innern.  
v. Rostig, Ballwig. Forberg.“

Ueber den Nothstand in Sachsen wird im „Dresdner Journal“ ein amtlicher Rapport erstattet. Danach ist der Nothstand zwar nicht in dem Maße vorhanden, wie er durch etliche Zeitungen geschildert wird, immerhin „aber doch in gewissen Geschäftszweigen, namentlich in der Branche der Eichenfabrikation, der Handweberei und des Klappelwesens.“ — „Erfreulicher Weise“, heißt es in dem Rapport dann weiter, „ist es jedoch bis jetzt im Wesentlichen der örtlichen Armenpflege und der Privatwohlthätigkeit — wobei insbesondere der fürsorgenden Mitwirkung der obererzgebirgischen und voigtländischen Frauenvereine und des Albertsvereins mit großer Anerkennung zu gedenken ist — gelungen, da, wo Mangel und Noth eingetreten waren, in geeigneter Art zu helfen. (!!) Die Regierung hat es aber auch ihrerseits für eine ernste Pflicht gehalten, dahin Vorkehrung zu treffen, daß, um einer großen Anzahl der unbeschäftigten Arbeiter einen lohnenden Erwerb zu verschaffen, die auf Grund der erfolgten ständischen Bewilligung auszuführenden Eisenbahn-, Straßen-, Wasser- und Hochbauten schon seit vielen Wochen lebhaft in Angriff genommen, beziehentlich fortgesetzt worden sind und zum Theil nächstens in Ausführung gelangen. Dabin gehören außer den Reparatur- und sonstigen Bauten, deren Herstellung bei jeder einzelnen den Betrag von 50,000 Mark nicht übersteigt. Bei diesen Bauten sind viele Tausende von Arbeitern beschäftigt. Im Uebrigen ist schon seit längerer Zeit darauf Bedacht genommen worden, daß bei allen Zweigen der Staatsverwaltung die nöthigen Bedürfnisse fast ohne Ausnahme in sächsischen Fabriken und bei sächsischen Handwerkern bestellt und gekauft werden, und so sind z. B. allein von Seiten der Militärverwaltung für die seit dem 1. Januar d. J. aus inländischen Bezugsquellen für die Befeldung der Armee und für die Bedürfnisse der Garnison- und Lazareth-Verwaltungen bezogenen Gegenstände außer den Kosten für Fourage und Heizungsmaterial 2,209,570 Mark verausgabt worden. Da nun in der jetzigen Jahreszeit auch bei der Landwirtschaft Tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung finden, so ist zu hoffen, daß wenigstens in den nächsten Monaten und bis zum Winter ein Besorgniß erregender allgemeiner Nothstand nicht eintreten werde.“

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Nothstandsfrage ist bekannt: Sie verlangt nicht nur die Anerkennung des Rechts auf Arbeit von Seiten des Staates, sie will auch, daß der Staat Maßregeln treffe, die den wirtschaftlichen Kalamitäten ein für allemal ein Ende machen. Das heißt mit andern Worten: die Sozialdemokratie will nicht sowohl den Nothstand als Wirkung der heutigen Produktionsweise, sondern auch die heutige Produktionsweise als Ursache des Nothstandes beseitigt wissen. Und zu diesem Streben verlangt die Sozialdemokratie die Mitwirkung des Staates, dessen Aufgabe es ist, die Wohlfahrt Aller zu wahren und zu fördern.

Parlamentarische Sitte. Wie es im deutschen Reichstag mitunter hergeht, wie die Stimme unliebsamer Redner durch Gelächter, Geschrei, Gebrüll übertönt wird, das ist unseren Lesern satfam bekannt. Solches Gebahren scheint zum Parlamentarismus zu gehören. Es ist, als ob in der Parlamentsluft etwas eigenenthümlich Corruptirendes läge, welches allen nicht besonders charakterfesten Menschen das Gefühl des einfachsten Anstandes nimmt, so daß sie im öffentlichen Leben für erlaubt halten, was sie im Privatleben für unangelegen, ja für pöbelhaft halten und mit Abscheu von sich weisen würden. Der deutliche Reichstag, derartig ihm aus diesem Gebiete die Palme gebührt, steht mit derartigen Leistungen (offiziell heißen sie: „Petitessen“ oder „Unruhe“) nicht allein. So war z. B. das englische Unterhaus, jene „auserlesene Gesellschaft von Gentlemen“, vor einigen Tagen der Schauplatz folgender Scene. Am Mittwoch vor 8 Tagen — wir übersehen aus englischen Blättern — erhob sich Herr Coustney, um eine Bill für Einführung des Frauenstimmrechts (d. h. des Stimmrechts der den Genussbedingungen genügenden selbstständigen Frauen — also durchaus keine demokratische Maßregel. R. d. B.) zu befragen. Kaum war er aufgestanden, so erschallte von den conservativen Bänken der Ruf: Abstimmen! Herr Coustney verzichtete jedoch nicht auf sein Recht zu sprechen, und als die Conservativen dies bemerkten, fuhren sie fort: Abstimmen! Abstimmen! zu rufen, mit solchem Nachdruck, daß auch nicht ein Satz des Redners zu verstehen war. Nach einigen Minuten wurde es Jedem klar, daß der Redner, den man nicht reden lassen wollte, mit der Zuhörerschaft, die nicht zuhören wollte zu einer Kraftprobe entschlossen war. Um 20 Minuten nach 6 Uhr wurde Herr Coustney ein Glas Wasser gebracht, das er mit höflicher Verbengung annahm und unter betäubenden „Cheers“ (ausgesprochen: „Tschirs“, „Besallrufen“) austrank. Wieder erfrischt, setzte er nun den Kampf mit verdoppeltem Eifer fort, allein nur dann und wann brach sich ein abgerissener Laut durch den Lärm Bahn. Wenn er sich einmal bückte, um auf seine Notizen zu blicken, so wurde statt „Abstimmen!“ zur Abwechslung: „Leben! Leben!“ gerufen.

### Das Testament Peter's des Großen\*).

Ein russisch-deutscher Gelehrter, Namens Berkholz, mißt sich seit anderthalb Jahrzehnten im Schweiße seines Angesichts, zu beweisen, daß das vielberufene Testament Peter's des Großen eine urkundliche Fälschung sei. Da es Herrn Berkholz, welcher Stadtbibliothekar in Riga ist, an Methodik und kritischem Scharfsinn nicht gebricht, so kann es nicht fehlen, daß sein Beweisverfahren zu überzeugenden Ergebnissen gelangt; eine andere Frage aber ist es, ob er nicht gegen Windmühlen sichts und mit allem Aufwande seiner Gelehrsamkeit gerade diejenige Seite seines Gegenstandes klarstellt, an deren Aufhellung am wenigsten gelegen ist. Denn nicht daran haftet das Interesse, ob das Document, welches als Memoire oder letzter Wille Peter's durch die Weltgeschichte geht, an der Rema oder Seine entstanden sei, ob es der bestirte Czar eigenhändig geschrieben oder einer Vertrauensperson diktiert oder endlich in Gegenwart berufener Wärdenträger seines Reiches verfaßt habe, sondern daran, daß es den Geist der Petrinischen Politik wie ein Spiegel widerstrahlt, der Petrinischen und aller nachjarischen bis zu dem heutigen Tage. Das ostromische Phantasma Katharina's, welche namentlich um die Größe eines Engels sorgte, der hinterher gar nicht den Czarenthron bestieg, die Theilung Polens und der Friede von Kutschuk-Kainardschi, die heilige Allianz und der Krimkrieg — das Alles läßt sich ohne künstliche Interpretation aus jenem „Testamente“ heraus-, beziehungsweise in dasselbe hineinlesen. Es repräsentirt sozusagen die Staatsraison der Czaren.

Ein Testament muß ja nicht durchaus geschrieben und von herangezogenen Notaren legalisirt sein; man braucht das fremde Wort bloß in das gut deutsche „Vermächtniß“ zu verwandeln, und sofort einen weiteren Gesichtspunkt zu gewinnen. Traditionen und Instinkte, ja Empfindungen und Gedanken können Vermächtnisse von Jahrhunderten überdauernder Wirkung darstellen. Ein

hals er einen Moment ein, um sich zu erholen, so schrie man ihm zu: „Weiter! Weiter!“ Und wenn er seine Stimme aufs äußerste steigerte, um wenigstens einen Satz über das Chaos emporsteigen zu lassen, dann begrüßte ihn ein ironisches „Lauter! Lauter!“ Um halb 6 Uhr brachte man ihm ein zweites Glas Wasser und ermunterte ihn durch erneute Cheers zu erneuten Anstrengungen. Das Ringen dauerte noch eine volle Viertelstunde, und als um drei Viertel auf 6 Uhr der „Speaker“ („Sprecher“ — Präsident) sich erhob und anführte, daß nach den Regeln des Hauses die Debatte vertagt sei (in den Mittwochsitzungen, wo — entsprechend unseren „Schwerinstagen“ — Privatanträge vorkommen; an den anderen Tagen hat das Unterhaus meist Nachsitzen, die sich oft bis spät in den Morgen erstrecken), da brach die siegreiche Majorität in ein donnerndes Schluch-Gehören aus, und Herr Courtney, der zuletzt die gewaltigsten Kraftanstrengungen gemacht hatte, setzte sich erschöpft nieder. Unter den Zuschauern auf der Gallerie befand sich Midhat Pascha, welcher dem Vorgang mit vieler Aufmerksamkeit folgte. Was der sein gebildete Türke wohl von der „auserlesenen Gesellschaft von Gentlemen“ gedacht haben mag, wie sie sich selbst zu nennen beliebt hat? — Wohl so etwas wie „untertürkisch“.

Aus Frankreich. Wie weit die Freiheit der vereinigten Bonapartisten und Jesuiten geht, das möge folgende Ansprache des „Petit Parisien“, dem bonapartistischen Minister Jourdan gewidmet, zeigen:

Freunde! Eifer und Wachsamkeit. Die Republik liegt im Todeskampf: Die Probe ist gemacht; es giebt keinen aufrichtigen Patriot, welcher dieses infame Regierungssystem nicht verurtheilt, das 1793 Ströme Blutes vergoß, daß unsere Milliarden und unsere Provinzen dem Feind überlieferte, das die blutigen Mißthaten der Commune vollbrachte, das endlich durch seine Unbefähigkeit und seine steten Unruben Frankreich zum Untergang und zur Verkübelung führen muß. Das Kaiserreich, welches uns die Ordnung, den Ruhm, einen unerhörten Wohlstand gegeben hat und das, wäre nicht die Opposition in verbrecherischer Mithschuld mit Preußen gewesen, uns die Freiheit verschafft hätte, — das Kaiserreich allein kann uns retten. Es steht heute wieder auf; morgen wird es von Rechts wegen bestehen. Der junge Erbe seiner Politik und seiner Tradition bereit, seine Rechte wieder anzunehmen. Das dritte Kaiserreich wird die Militärdienstzeit auf drei Jahre herabsetzen; die indirekten Steuern und den Decroi abschaffen; den Preis des Lohnes erhöhen, den heiligen Stuhl seine Unabhängigkeit und des Vaterland seine verlorene Provinzen zurückgeben. Seine erste Sorge wird sein, die Irregulären zu amnestiren und das Land ein für alle Mal von den republikanischen und übrigen Agitatoren zu reinigen. Freunde! Der Tag naht heran: Mac Mahon, die Armee, die Beamten sind für uns; helfen wir ihnen. Geben wir Frankreich Frieden, Ruhm, Ordnung und Freiheit zurück. Am 1. Juli! ... Es lebe der Kaiser! Es lebe Mac Mahon!

Wie groß aber auch die Ohnmacht der Bourgeoisrepublikaner, der Mörder des Pariser Proletariats, ist, das geht gleichfalls aus folgendem Schriftstück hervor. Den französischen Bourgeoisrepublikanern gebührt aber nichts anderes, als die Reipetische des Napoleon IV., genannt Ulu.

Welches Glück — Czar zu sein. Wenn Väterchen Alexander in Tiefstimm verfallen ist, so hat das seine guten Gründe. So schlecht der Geschichtsunterricht gewesen sein mag, den Leute dieses Standes zu genießen pflegen, die Thatsache wird ihm sicherlich nicht verborgen geblieben sein, daß das Wort des französischen Cautine: „das russische Staatsystem ist durch Reuchel-mord gemilderter Despotismus“ auf striktester Wahrheit beruht. Von den Czaren, die seit 1517, wo der Titel zuerst aufkam, über das Moskowitertum regiert haben, sind nur die wenigsten eines natürlichen Todes gestorben — Gift und „zu enge Halsbinden“ haben die meisten „vor ihrer Zeit“ von der Würde der Lebens- und der Tyrannensorgen befreit. Und zwar grassiren diese zwei Krankheiten in neuerer Zeit noch bedenklicher als früher. Die drei Vorgänger des jetzigen Alexander waren: Paul, Alexander I. und Nikolaus — wofür Paul wurde mit seiner Halsbinde erdroffelt, während sein hoffnungsvoller Sohn und Nachfolger, der von „Fremdigeit“ und „Humanität“ tiefende spätere Stifter der „heiligen Allianz“ in einem Neben-zimmer auf den Knien lag und andächtig — lautete; Alexander, der auf die eben beschriebene Manier Czar ward, starb auf einer Reise nach Sibirien an Gift, und Nikolaus, der Vater des noch nicht verflohenen Väterchens starb in Folge der Niederlagen im letzten Türkenkrieg entweder an Gift oder an zurückgetretener Galle. Woran wird Alexander II. sterben?

Rußland läßt seine Pläne immer deutlicher durch-

Vermächtniß, welches Octavian aufnahm und verwirklichte, war der Kaisertraum Julius Cäsar's; ein Vermächtniß, an dem die Hohenstaunen zu Grunde gingen, war die Italien-Sehnsucht der deutschen Ottonen; ein Vermächtniß endlich das „Ich hab's der Welt“ Ulrich's von Hutten, dessen die deutsche Nation nach vollbrachter Einigung aus dreihundertjähriger Zeitensferne sich erinnerte. Und so ist auch der Pontus-Drang Peter's ein ganz materielles Vermächtniß, sollte er gleich niemals sich der toden Buchstaben bedient haben, um „gesagt und geschrieben“ der Nachwelt aufbewahrt zu bleiben. Er lebte als Tradition fort, bald geräuschvoller und bald schüchterer, je nachdem die Macht Rußlands im Auf- oder Niedersteigen begriffen war, besetzte die Rathgeber der Czarin Anna und flackerte gewaltthätig in Katharina's ehrgeizigem Herzen, schlich diplomatisch durch die Gedanken des ersten Alexander und redete sich brutal in dem Hirne des Czars Nikolaus, bis er eines Tages zu den Massen hinabglitt, die Paragraphe des panslawistischen Programms zu riesengroßen Illusionen anschwellte und, aus der Tiefe wie Odem aus frisch gefärschem Erdreich wieder emporsteigend, das ursprünglich weiche Gemüth des zweiten Alexander betraute, aus dem Gleichgewichte hob, verhärtete.

Der kalte Historiker mag hundertmal beweisen, daß die Artunde, welche das Testament Peter's des Großen heißt, ein geschichtes Fälschkat Napoleon Bonaparte's sei; wenn er nicht mit gewichtigen Gründen die Thatsache widerlegen kann, daß besagtes Nachwerk mit dem Unbestrittenen Scheine der Authentizität durch ein halbes Jahrhundert schritt, von Niemandem bezweifelt und nirgends als eine Fälschung verdächtigt wurde, so hat er seine Arbeit vergebens gethan. Die Welt glaube an das Testament, weil sein Inhalt dem Charakter des angeblichen Erblassers und seiner gekrönten Nachfahren getreulich entsprach, wie die Römer an das angebliche Testament Julius Cäsar's glaubten, das Antonius an der Leiche des Ermordeten ihnen vorlas; ob es geschrieben und bezeugt sei und wo es deponirt worden, darum kümmerten sie sich nicht, und zwar mit Recht. Im bürgerlichen

Leben, vor dem Richter über Wein und Dein gilt der Buchstabe als Beweis; in der Geschichte entscheidet der Geist.

Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Die Sozialdemokraten im Staate Wisconsin (Hauptstadt Milwaukee) haben folgendes Wahlprogramm aufgestellt:

Die Sozialdemokraten von Wisconsin betrachten sich als einen Theil der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten und stellen folgendes Wahlprogramm für den Staat Wisconsin auf:

1. Alle Repräsentanten, welche sich auf eine Plattform verpflichten, sind rückberufbar, wenn sie gegen dieselbe handeln.
2. Den Gemeinden steht das Recht zu, ihre lokalen Angelegenheiten selbstständig zu ordnen.
3. Eine Revision der Steuerfrage ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Wir verlangen eine progressive Einkommensteuer und die Beseitigung alles Privateigentums bis auf einen Minimalbetrag an beweglichem Eigentum.
4. Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahre.
5. Untheilbarkeit des Schulfonds.
6. Kostenfreie Versicherung confessionelloser und einheitlicher Schulbücher an die Schulkinder seitens des Staates.
7. Errichtung eines statistischen Arbeitsbureaus für den Staat Wisconsin.
8. Ein strenges Lohnentziehungsgesetz, laut welchem der Arbeiter kostenfrei zu seinem Rechte gelangt und der Arbeitgeber mit seinem ganzen Grund- und beweglichen Eigentum für die Lohnforderung haftet.
9. Ein Verbot der Ausnutzung der Gefangenarbeit durch Privatunternehmer.
10. Fabrikgesetze zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, vor allen Dingen ein Haftpflichtgesetz, und Auszahlung der Löhne in gangbarem Gelde.

Die „Tagwacht“ fragt verwundert, und nicht mit Unrecht, warum die Parteigenossen in den Vereinigten Staaten gegenüber der bodenlosen Corruption der Vertretungskörper sich nicht auf eine gewiß zeitgemäße Agitation zur Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk werfen, ja daß diese Frage in der Arbeiterpresse Amerikas fast gar nicht besprochen wird?

Am 15. ds. Mts. hat der Redakteur des „Vorwärts“, Liebknecht, im Leipziger Bezirksgerichtsgefängniß eine Haft von zwei Monaten angetreten, die ihm vom Kieler Gericht wegen Beseitigung des stehenden Heeres, begangen in einer Rede, die Liebknecht in einer Versammlung in Reutstadt gehalten hatte, zuerkannt worden waren.

Ein braver Parteigenosse, August Vandi, Weber in Ernsdorf bei Reichenbach in Schlesien, ist gestorben. Die „Wahrheit“ enthielt einen Nachruf, aus dem wir Folgendes hervorheben:

In dem Verstorbenen verliert die Sozialdemokratie des Kreises Reichenbach ihren wackelsten, treuesten Freund. Von dem ersten Augenblick an, als Vassalle im Jahre 1863 das Banner der Arbeiterbewegung entrollte, trat Vandi in die Reihen der Mitkämpfer und war vom Jahre 1864 an Bevollmächtigter des von ihm mitbegründeten Allg. deutschen Arbeitervereins. Seit jener Zeit hat er treu und unerschütterlich zur Sache gehalten und hatte noch kurz vor seinem Tode die Genugthuung, daß die von ihm vertretene Partei immer mächtiger und mächtiger wurde, bis sie schließlich den Wahlkreis seines Wohnortes eroberte.

### An die Parteigenossen in Stettin.

Auf dem zu Gotha stattgehabten Sozialisten-Congresse wurde beschlossen, daß G. Zielowsky wegen seines die Partei schädigenden Auftretens nicht mehr als Parteigenosse zu betrachten sei, und die von ihm herausgegebene „Stettiner Freie Zeitung“ nicht als Parteiunternehmen anerkannt werde. Zugleich wurde angeordnet, daß von diesem Beschlusse im „Vorwärts“ den Stettiner Genossen Kenntniß gegeben werde, um dieselben zu veranlassen, so weit sie sich bis jetzt nicht über Zielowsky entscheiden konnten, gegen dessen Gebahren Stellung zu nehmen und durch einmütiges Zusammenstehen die sozialistische Be-

leben, vor dem Richter über Wein und Dein gilt der Buchstabe als Beweis; in der Geschichte entscheidet der Geist.

Wenn Napoleon das „Testament Peter's“ wirklich eronnen und dem Attaché Lesur in seinem Auswärtigen Amte zur Veröffentlichung in dessen 1812 erschienenen Werke „Des progrès de la puissance russe depuis son origine jusqu'au commencement du XIX. siècle“ übergeben hat, so steht zum mindesten das Eine fest, daß er die Ueberlieferungen und den Charakter der Romanoff'schen Dynastie wie kein zweiter Sterblicher begriff. Hat Peter nicht gesprochen, was seinen Namen der Korke soufflirte, so hat er es doch sicherlich gedacht. Man geht bei vierzehn Artikel der streitigen Urkunde nicht, es ist ein Seber, dessen Voraussetzungen man zu vernehmen meint. Ein paar Proben mögen zur Bestätigung dienen. Art. III. ernahmt, „sich mit allen möglichen Mitteln nordwärts längs der baltischen Küste auszudehnen, wie gleichmäßig südwärts längs des Schwarzen Meeres“; Art. V., „das Haus Oesterreich dafür zu interessieren, daß es den Türken aus Europa verjage, unter dem nämlichen Vorwande ein stehendes Heer zu unterhalten, an dem Strande des Schwarzen Meeres Straßen zu errichten und in stetem Vorrücken sich bis Konstantinopel auszudehnen“; Art. VIII. endlich „sich mit der Wahrheit zu durchdringen, daß der indische Handel der Welthandel sei und derjenige, welcher ihn beherrscht, der wahre Souverän Europas ist.“

Hundertzweihundertfünfzig Jahre nach dem Tode desjenigen, der diese Maximen angeblich niederschrieb, und fünfundsiebzig Jahre nach dem Momente, in welchem sie wirklich sollen erdacht worden sein, der Katarrhönen nach Persien, daß sie nicht Ausgeburt einer verschwenderischen Phantasie sind, sondern ein zähes geschichtliches Leben, jurchtham verhebt von den Anwenden, bis sie am Ende doch zum Durchbruche gelangten, um vielleicht eine ganz Welt in Brand zu stecken.

\* G. Berkholz: „Das Testament Peter's des Großen, eine Erfindung Napoleon's I.“ Petersburg, Schmidt'sche 1877.

wegung in Stettin, besonders durch Verbreitung des dortigen Parteiblattes, zu fördern.

Hamburg, 12. Juni 1877.

Das Central-Wahlcomité.  
B. Hartmann. H. Brach. C. Derossi.  
J. Auer. A. Geib.

## Correspondenzen.

**Aus Großbritannien.** Edinburgh, 10. Juni. Die gesetzgeberische Thätigkeit des britischen Parlaments ist, wie wohl vorausgesehen war, in dieser Session der orientalischen Krise, noch tief unter den herkömmlichen Ruspunkt gesunken und die Außenwahlen der Nation sind noch immer nicht über die Grenzen des Resolutionirens und Interpellirens hinausgekommen. Ein wahres Glück, daß auch der Antrag auf Einführung eines offiziellen stenographischen Parlamentsprotokolls sich nicht die Gunst der Majorität zu erringen vermochte. Genug, daß diese Redenübungen der unschuldigen Nachwelt auszugswise überliefert werden. Die Note Lord Derby's an Rußland und die Türkei bezüglich des Freihaltens des Suezkanals wird von liberaler Seite wieder einer eingehenden Kritik unterworfen werden. Es ist allerdings richtig, daß der Kanal nicht Eigentum Englands ist und England allein den Kanal nicht wird für immer frei halten können, was ein internationales Uebereinkommen wohl vermöchte, allein der gegenwärtige Augenblick ist nicht geeignet zur Abschließung solcher Verträge, die nicht mehr werth sind als das Papier, worauf sie geschrieben stehen, so lange die darin stipulirten Rechte den herrschenden Machtverhältnissen nicht entsprechen. Wenn daher Lord Derby Rußland rind heraus erklärt: „Sobald du den Suezkanal blockiren willst hast du's mit mir zu thun,“ kann man sich wenigstens nicht über Verschrobenheit und Zweideutigkeit der diplomatischen Sprache beklagen. Zum Verständnis dieser deutlichen Ausdrucksweise diene übrigens, zu wissen, daß England bis jetzt 176,000 Aktien des Kanals und 10 Stimmen im Direktionsrathe erworben hat. Es ist somit eminent „britisches Interesse“, das auf dem Spiele steht und die Regierung darf dafür ins Zeug gehen ohne den Verdacht der Türkenfreundlichkeit zu riskiren.

Die Fabriksgesetzgebung ist nicht die erste in der Reihe auf der langen Bank des so sehr mit auswärtiger Politik beschäftigten Parlaments. Der im vorigen Jahre erstattete Bericht der Kommission zur Untersuchung des Wirkens der Fabriksgesetze wurde bekanntlich in der letzten Session beiseite gelegt, um der Nation Gelegenheit zum Studium der in demselben niedergelegten Thatsachen und Vorschläge zu geben, bevor sich die Gesetzgebung mit denselben befaßt. Neuer hätten die Gesetzesbesserungsvorschläge der Regierung eine der ersten Vorlagen sein sollen. Sie wurden aber bis nach den Osterferien vertagt. Aber auch die Whitsuntide-Ferien gingen vorüber, ohne daß die versprochene Gesetzesvorlage gemacht worden wäre. Jetzt aber scheint Herr Minister Croft doch Ernst machen zu wollen, denn seine auf die Vorschläge der vorgenannten Kommission gegründete Bill ist bereits an die Parlaments-Mitglieder vertheilt worden. Sie hebt circa 16 Parlamentsakte verschiedener Natur vom 42. George's III. bis zum Fabriksgesetz von 1874 auf, erläutert und bestätigt die vorhandenen Bestimmungen für Fabriken und Werkstätten und enthält mehrere Amendements. Es ist also doch Hoffnung vorhanden, daß sie diese Session noch zur Verhandlung kommt.

Der Jahresbericht der 12 Bergwerksinspektoren für d. J. 1876 ist soeben veröffentlicht worden. Nach demselben beläuft sich die Gesamtmenge der im verflohenen Jahre im vereinigten Königreiche geförderten Kohle auf 134,125,166 Tonnen. Diese Masse wurde gebrochen und an den Aufzugsort befördert von zusammen 400,000 Arbeitern (etwa 100,000 sind außerhalb der Schachte beschäftigt), so daß auf den Mann etwas über 335 Tonnen pro Jahr kommen. Das sind Durchschnittszahlen für das Gesamtkohlengebiet. Das produktivste der Kohlenlager war das von South Durham, Westmoreland und North Yorkshire, in welchen durch 58380 Arbeiter 19,513,056 Tonnen zu Tage gefördert wurden. Das quantitativ nächstreichste Kohlenlager ist das von Yorkshire, aus welchem 15,129,506 Tonnen gefördert wurden. Jedoch erforderte diese Förderung 61,017 Arbeiter. Dann kommt Northumberland, Cumberland und North Durham mit 14,135,104 Tonnen, gehoben durch 48,754 Arbeitsträfte. Irland hat bloß 125,195 Tonnen Kohlen geliefert. In Cleveland, wo ausschließlich Eisenstein gefördert wird, kommen auf den Arbeiter 667 Tonnen. In den anderen Distrikten, wo Kohle das Hauptprodukt ist, jedoch auch alle anderen Minerale mitgerechnet werden, stellen sich die Durchschnittszahlen folgendermaßen: South Durham 373 Tonnen, North Durham 298 Tonnen, North und East Lancashire 278 Tonnen, West Lancashire und North Wales 274 Tonnen, Yorkshire 255 Tonnen, Midlards 239 Tonnen, North Staffordshire 272 Tonnen, South Staffordshire 319 Tonnen, South Wales 259 Tonnen, Eastern Scotland 321 Tonnen,

Western Scotland 310 Tonnen, Irland 94 Tonnen pro Arbeitstraf und Jahr.

Diese Durchschnittszahlen könnten jedoch nur dann ein gutes Bild von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Arbeitsträfte oder der Ergiebigkeit der Kohlenlager geben, wenn man wüßte, wie viele Arbeitstage in den verschiedenen Bezirken durch Streiks, Aussperrungen und elementare Hindernisse während des Jahres verloren wurden, oder noch besser, wie viel Arbeitslohn auf die Tonne entfällt; falls der offizielle Bericht eine solche Statistik enthält (die vorliegenden Daten sind dem „Scotsman“ entnommen) werde ich sie nachtragen.

Während der Jutageschaffung der 150 Millionen Tonnen Kohlen ereigneten sich 839 Unglücksfälle, denen 933 Menschenleben zum Opfer fielen. Ohne nun die eines natürlichen Todes gestorbenen Kohlengräber in Betracht zu ziehen, dividirt der „Scotsman“ (die leitende liberale Zeitung Schottlands) die Zahl der Getödteten durch 500 und ruft aus: „Eine Sterblichkeit von weniger als 2 pro Tausend ist doch gewiß nicht viel!“ Diese „Sterblichkeit“ ist schon mehr eine Tödtlichkeit. In West Lancashire allein sind im verflohenen Jahre nicht weniger als elf Explosionen schlagender Wetter vorgekommen. Aus dem Berichte geht übrigens hervor — wie selbst das liberale Blatt zugestehen muß — daß die Quantität der geförderten Kohle pro Arbeiter größer ist als sie in 1875 war, daß also die Produktivkraft der Kohlengräber gestiegen ist.

Die Anerkennung dieser Thatsache durch die Bourgeoisie sehen wir ausgedrückt in den Massenansperrungen der Arbeiter, welche sich die fortwährenden Lohnreduktionen nicht gefallen lassen wollen. In Northumberland sind an 12,000 ausgesperrt und in West Lancashire werden am 15. d. M. aller Wahrscheinlichkeit nach 20,000 Männer die Arbeit niederlegen gegen eine Lohnreduktion von 10 zu 15 pCt. Die ausgesperrten 6000 Kohlengräber in Fife und Clarkmannan sind neuerdings mit den Arbeitgebern in Unterhandlung getreten. Um mit den großen Kohlenvorräthen etwas aufzuräumen und Lohnreduktionen vorzubeugen haben die Kohlengräber von Motherwell, Larkhall Hamilton und Wishaw (Schottland) beschlossen, jede Woche einen Tag extra zu feiern und vergangene Woche bereits den Anfang gemacht. Ueber 100 Gruben standen leer. Ein der Kohlengräber-Konferenz in Durham vorgelegter Antrag der West Yorkshire-Assoziation, in sämtlichen Kohlengruben des Königreiches die Arbeit für einen Monat oder sechs Wochen niederzulegen, ist übrigens abgelehnt worden und dürfte einer allgemeinen Bewegung für kürzere Arbeitszeit Platz machen.

Die Aussperrung der Schiffsbauhandwerker an der Clyde ist ziemlich in demselben Stadium wie am Beginne derselben, ungeachtet der Vermittlungs-Anstrengungen, welche von Seite der in ihrem Erwerbe geschädigten Kleinkrämer gemacht werden. In Greenock (Mündung der Clyde) haben übrigens die Forderungen der Zimmerer erfüllt werden müssen, da einige angefangene Schiffe von Seiten der Besteller dringend verlangt wurden. In einem Bauhose an der Clyde, wo für eine holländische Gesellschaft ein Schiff im Bane war, sind 30 holländische Zimmerleute angelangt um das Schiff fertig zu machen. Sollten sie „gut arbeiten“ so gedenken die Herren Arbeitgeber noch mehr herüberkommen zu lassen. Dies zur Nachricht, nicht allein für die Holländer, sondern alle Arbeiter der in Betracht kommenden Branchen. Mögen sie sich nicht verlocken lassen!

**Königsberg i. Pr.** Die hiesige liberale wie auch die reaktionäre Bourgeois-Presse ist vollständig in den Händen der Geldpropheten, denen gesinnungslose Redakteure ihre servile Feder feilbieten. Herr Bebel charakterisirte die Thätigkeit dieser Kreaturen recht treffend, indem er sie „geistige Prostitution“ nannte. Zum Vortheile der sozialdemokratischen Ideen konnte es nur gereichen, daß sowohl Bebel's als auch Kost's durchschlagende Vorträge hierorts durch Aufstichung der haarsträubendsten Lügen seitens der Königsberger Zeitungen vollständig entstellt wurden; den Zuhörern der genannten Herren wurden gerade bei dieser Gelegenheit die Augen geöffnet; sie mußten einsehen, zu welcher unehrlichen Waffen die Gegner der Wahrheit im Gefühle ihrer ganzen Zümmlichkeit greifen. Die Führer der fortschrittlichen, nationalliberalen und conservativen Partei sind hier nicht nur die „Macher“ in der Stadtverordneten-Versammlung, sondern auch die „Gründer“ der „Gesellschaft auf Aktien“, welche Druck und Verlag der Zeitungen in Pacht genommen hat; daß daher nur deren Ansicht in ihren Leiborganen dem Publikum als öffentliche Meinung präsentiert wird, ist wohl selbstverständlich. Bei solchen miserablen Preßzuständen haben namentlich die hiesigen Volksschullehrer, als Verbreiter sogenannter oberflächlicher Aufklärung, von den Dunkelmännern aller Schattierungen viel leiden müssen; strebten dieselben nach einer bessern materiellen Stellung, so bezeichneten hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei dieses als „Unverschämtheit und Unersättlichkeit“; verlangten sie Befreiung des religiösen Ballastes aus der Schule und Einführung eines vernunftgemäßen, nach pädagogischen

Grundsätzen gearbeiteten Lehrplanes, so wurden sie „destruktiver Tendenzen“ beschuldigt und in anderer Weise geradezu beschimpft. Für die Lehrer höherer Schulen (wo die Söhne behabiger Bourgeois unterrichtet werden) wurde eine Serviszulage gewährt, weil dieselben „Freudigkeit in ihrem Berufe brauchen und der Stadt tüchtige Bürger erziehen“, die Lehrer der Kinder des armen Volkes bedürfen einer solchen Freudigkeit nicht, da dieselben „schon mehr Einkommen haben als mancher Bürger.“ (???) Als die Volksschullehrer diese Logik in der Presse belächelten wollten, wies sie der damalige Redakteur der fortschrittlichen Zeitung zurück, weil er von seinen „politischen Freunden (id est Gründern) manche Vorwürfe habe hören müssen,“ daß er Vertheidigungen der Lehrer gegen ungerechtfertigte Angriffe im Annoncentheil gegen Bezahlung zum Abdruck gebracht habe; „übrigens schlagen die Lehrer ja stets einen polemischen Ton an, der sich für eine politische Zeitung nicht schickt.“ Da die Volksschule und deren Lehrer hier nur als notwendiges, daher gebildetes Uebel angesehen werden, so ist die erste vollständig noch unter der Beaufsichtigung der Pfaffen, und jeder freieren Regung der Lehrer wird als einer „maglosen Ueberhebung und gänzlichen Verkennung der untergeordneten Stellung“ (Zustalt einer Regierungs-Berf.) entgegen getreten. Suchen sie in der liberalen Presse Schutz, so sagt ihnen auch diese noch offenkundig Unrecht zu, was beispielsweise folgender Fall lehrt. Vor einigen Wochen forderte ein Geistlicher unter der Firma „Gemeinde-Kirchenrath“ die ihm unterstellten Lehrer zur Mitwirkung bei einem kirchlichen Gesange auf. Den schriftlichen Befehl sendet er während der Schulzeit durch Schulkinder an die verlangten Sängler; die letztern wundern sich darüber, daß zu rein kirchlichen Zwecken Schüler während der Schulstunden als Laufburschen benutzt werden und machen auf diese pflichtwidrige Handlung ihres sogenannten Vorgesetzten in der Presse aufmerksam. Hohehrwürden halten dem Redakteur der liberalen Zeitung eine Strafpredigt, die Redaktion sagt pater peccavi und findet hierin durchaus keine „hierarchischen Uebergriffe“, sondern nur „allzugroße Empfindlichkeit“ der Lehrer. Eine thatsächliche Berichtigung, welche dem Blatte von einer Seite zugeandt worden, ist bis heute nicht zum Abdruck gelangt. Durch solche Rechts- oder vielmehr Unrechts-Justände werden natürlich die Lehrer nach und nach in die Sozialdemokratie hineingedrängt; einzelne derselben erschrecken zwar noch etwas vor dem Namen, weil der Herr Pfarrer gesagt hat, ein Sozialdemokrat sei nichts als der wahre „Gott-sei-bei-uns“ in leibhaftiger Gestalt; aber die Vernünftigen schließen lieber mit diesem Teufel einen Pakt, als daß sie im Jenen wie die Sterne immer und ewig leuchten sollen.

**Sannover.** Auch wir wollten vom Sozialistencongreß einen praktischen Vortheil ziehen und beriefen zu diesem Zweck eine Volksversammlung ein, zu welcher Herr Reichstagsabgeordneter August Kapell gelegentlich seiner Durchreise uns einen Vortrag über „Krieg und Frieden“ zugesagt hatte. Die Versammlung war sehr gut besucht, und wurde Herr Kapell bei seinem Erscheinen herzlich begrüßt. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß der Vortrag Kapell's mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Debatte betheiligte sich Herr Direktor Niemeyer, der sich namentlich für die allmähliche Entwicklung der Dinge aussprach. Auch Herr Hörig aus Hamburg war anwesend und sprach in gediegener Weise über die Tagesordnung.

**Dortmund, 10. Juni.** Gestern Abend hatte ich die Freude, Parteigenossen Auer aus Hamburg in einer gutbesuchten Versammlung zu hören. Von meinem ursprünglichen Vorhaben, über diese Versammlung einen selbstverfaßten Bericht an den „Vorwärts“ einzusenden, kann ich für diesmal um so eher absehen, als die „Westfälische Zeitung“ eine ziemlich ausführliche und objektiv gehaltene Darstellung des Auer'schen Gedankenganges bringt. Auch den Begner muß man hören. Also die „Westfälische Zeitung“ schreibt: „Die Blut- und Eisen-Politik, vom sozialdemokratischen Standpunkte beurtheilt“, lautete das Thema, über welches der Hauptredner des Abends, der Reichstagsabgeordnete für Reichenbach in Sachsen, Herr Auer aus Hamburg, sich in einem fast 1 1/2 stündigen Vortrage verbreitete. Daß diese Politik die europäische Diplomatie beherrsche, damit begann der Redner seine Auseinandersetzungen, sei klar, weil sonst unser Continent nicht in den letzten 20 Jahren 5 große Kriege hätte erleben können. Gegen diese Politik, soweit sie Deutschland betreffe, erhob Herr Auer den Vorwurf: 1) daß, ihr folgend, die preussische Krone, bezw. die preussische Regierung, statt die wiederholten Anläufe zur Sammlung der nationalen Kräfte, welche aus der Initiative des Volkes hervorgegangen, und welche insbesondere nach dem italienischen Kriege von 1859 in ganz Europa eine kräftige Neubelebung erfahren hätten, zur friedlichen Einigung Deutschlands anzunehmen, dieselben vielmehr mit Geringschätzung bei Seite geschoben und sich, um jene Einigung durch gewaltsame Mittel zu Stande zu bringen,

Was vermag gegen solche unheimliche Realität der kleinliche Zweifel des Historikers?

Herr Vertholz sagt, bis zum Jahre 1812 sei nie und nirgends von dem Testamente Peter's die Rede gewesen. Als Bonaparte sich zu dem russischen Feldzuge anschickte, habe er nach einem passenden Vorwande gesucht und sei auf den Gedanken verfallen, Rußland als den ewigen Ruheort in europäischen Concert, sich selbst aber als den Schirmvogel des Welttheils gegen die „asiatischen Horden“ darzustellen. So sei das Werk Lesur's entstanden. Aber in letzterem habe sich doch das Gewissen des Geschichtsschreibers gegen diese Fälschung gestäubt, denn er schied dem Resumé des Testaments, das ihm der Kaiser in die Feder diktiert hatte, die einleitende Bemerkung voraus, „man versichere, daß in dem Privat-Archive der Czaren eigenhändig geschriebene Memoiren Peter's I. vorhanden seien.“ Damit wäre aber nach Vertholz bewiesen, daß Lesur sich zur resümirenden Ankündigung eines historischen Altentstückes hergegeben habe, welches er selbst mit seinen Augen nicht gesehen hatte.

Bekanntlich wurde diese Lüge im Jahre 1836 durch den französischen Schriftsteller Gailardet ausgefüllt. Derselbe erzählte nämlich in den von ihm veröffentlichten „Memoiren des Chevalier d'Con“, daß der Letztere, der als junger Mann etliche Jahre der französischen Gesandtschaft in Petersburg beigegeben war, durch seine intimen Beziehungen zur Czarin Elisabeth, zu welcher er täglich, als Vorleserin verkleidet, Einlaß erhielt, in den Stand gekommen wäre, das „Testament Peter's“ zu copiren und die Copie Anno 1757 in die Hände des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten niederzulegen. Die Sache klingt wie ein Roman und ist es auch. Die Kunst, aus dem Resumé Lesur's vierzehn geforderte Artikel in anscheinend getrennten Wortlauten zu fabriziren, war nicht allzu schwer. Aber Gailardet ließ sich einen garstigen Schnitzer unterkommen, der seine ganze Darstellung erschütterte; er berichtete nämlich, das fragliche Dokument habe sich in den Archiven des Schlosses Peterhof bei Petersburg befunden, während in der That zu Peterhof ein Archiv niemals vorhanden gewesen ist. Zum Ueber-

flusse hat auch zwei Jahrzehnte nach Gailardet's Publikation der Geschichtsforscher Lomenie in seinem Buche über Beaumarchais der Schrift Gailardet's alle Autorität abgeprochen, ihr Widersprüche und Irrungen aller Art und romanhafte Willkürlichkeiten in Menge nachgewiesen.

Die legitime Herkunft des Testaments steht sonach allerdings auf schwachen Füßen, und Herr Vertholz hat, wofern es ihm nur um den Ruhm zu thun ist, als historischer Seminarist vortrefflichen Ranges anerkannt zu werden, seinen Zweck vollständig erreicht. Der Nachweis, daß Bonaparte das Testament Peter's zu dem Zwecke erfunden habe, um es bekämpfen zu können, darf als gelungen erachtet werden, sine mal auch in den Souvenirs contemporains von Villemain ähnliche Ansichten wie die in dem Testamente niedergelegten als persönliche Aeusserungen Napoleons aufgezeichnet sind.

Aber was erbellt schließlich aus alledem? Etwa, daß Peter diejenigen Wünsche und Meinungen nicht gehegt habe, welche in den vierzehn Artikeln des napoleonischen Nachwerkes als fingirte Rathschläge an seine Nachkommen colportirt wurden? Oder daß die Letzteren anders gehandelt hätten, als ihr Vorfahr sie angeblich gelehrt habe? Mit nichten. Peter hat über Rußlands Zukunft allerdings gedacht, was Napoleon ihm nachträglich in den Mund legte, und seine Enkel und Urenkel handelten nach der Richtschnur seiner Absichten. Herr Vertholz hat also vor allen Dingen nichts gegen die historische Thatsache bewiesen, daß die Tradition der Romanoffs von Peter an mit allen Mitteln auf den Besitz der pontischen und baltischen Seelüste, sowie Konstantinopels gerichtet ist. Auf dem südlichen Stadthore von Cherson steht zur Ueberreste die von Katharina gestiftete Inschrift: „Hier führt der Weg nach Stambul“, und es ist noch keinmal Czär eingefallen, dieselbe, um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden, beseitigen zu lassen.

Das Sophisma, daß ein Testament aufgeschrieben und beurkundet sein müsse, hat Herrn Vertholz verführt. Auch Colbert's „Memoire für seinen Sohn“, wie dasjenige Banban's über die Zukunft der französischen Offensiven sind angefochten

und ihrer Authenticität entleidet worden — hat deshalb die Welt den Maßstab für das finanzielle Genie des Cinen oder für die militärischen Ansichten des Andern in den Winkel gestellt? Und gesetzt auch, es sei wirklich nicht die Gefinnungsart Peter's, der die vierzehn Artikel des napoleonischen Pseudo-Instrumentes entsprechen, so ist es diejenige Katharina's, der sie wie auf den Leib zugeschnitten sind, oder jene des ersten Alexander, welcher Konstantinopel den Schlüssel seines Hauses nannte. Für Europa kann es herzlich gleichgiltig sein, wann und in welchem Inhaber des Czarenthrones die Tendenz nach südlicher und südöstlicher Ausbreitung des Riesentreiches zum Vorschein gekommen sei; es ist genug, zu wissen, daß die Eroberung Konstantinopels und die Herrschaft über den indischen Handel Traditionen des Hauses Romanoff sind, vom Vater dem Sohne und von diesem dem Enkel vererbt und nicht unterbrochen durch die zahlreichen unsärlischen Blutstropfen, welche in die Adern der Romanoff'schen Sproßlinge sich verirrten. Wie in langer Reihe die Cimer zum Brunnen, so zieht die Sehnacht der Czaren seit mehr als anderthalb Jahrhunderten zum Bosphorus.

Sollte aber dennoch durch Herrn Vertholz etwas bewiesen worden sein, was nicht der äußerlich pragmatischen, sondern der geistigen Auffassung der Geschichte dienlich ist, so beruht es darin, daß der wunderbare politische Instinkt Napoleon's neuerdings über allen Zweifel erhoben wurde. Gewiß das Letzte, was dazuthun der gelehrte Stadtbibliothekar von Riga sich vorgenommen. Von allen Inhabern des Czarscepters war der erste Alexander der schmiegsamste, perfideste und unaktivste. Und gerade ihm hatte der einstmalige Artillerie-Lieutenant aus Corsica die geheimsten Pläne der russischen Politik von den wichtigsten schönen Mienen gelesen. Der Generation von heute machen es die Denker Rußlands leichter, die Petrinschen Ueberlieferungen zu enträtheln.

W. G. („Wiener Freie Presse“.)

die Ausbildung eines Militärstaats habe angelegen sein lassen, dessen riesige Entwicklung den vor dem Haß seines eigenen Volkes auf dem Thron zitternden Nachbar zuerst mit Furcht erfüllt und dann zu einer trivialen Kriegserklärung verleitet habe; 2) daß Deutschland nach der Schlacht bei Sedan, als der eigentliche Anlaß zum Kriege in Napoleon III., den der König von Preußen selbst als den wahren Gegner im Gegensatz zum französischen Volke bezeichnet hatte, besiegigt war, der Kampf nun doch noch gegen dieses Volk fortgesetzt, daß jetzt plötzlich der Ruf nach Elsaß-Lothringen erhoben und dieses Land dann in der That annektiert worden sei. Die Folgen hiervon seien gewesen: erstens, daß Deutschland im Herzen Europas für alle benachbarten Nationen eine beständige, wenn auch nicht wahre, so doch jedenfalls eingebildete Gefahr geworden, weil man fürchte, daß es die Gründe für die Annexion von Elsaß-Lothringen auch in Bezug auf viele andere Länder deutscher Sprache anwenden könnte; durch die Rivalität zwischen den einzelnen Staaten, welche so in Betreff ihrer Kriegstüchtigkeit hervorgerufen, sei ganz Europa in einen großen Waffenplatz verwandelt worden, dessen Unterhaltung von den Einkünften der Staaten weitaus den größten Theil eines bloßen Gespenstes wegen der Verwerfung für Kulturzwecke entziehe. Eine andere sehr traurige, ja vielleicht die traurigste Folge der Blut- und Eisen-Politik des Fürsten Bismarck sei, daß durch die kaum wieder zu beseitigende tiefe Verfeindlichkeit zwischen den ersten Kulturvölkern der Gegenwart, den Franzosen und den Deutschen, auf Jahrzehnte hinaus Rußland zum entscheidenden Faktor in allen internationalen Fragen gemacht worden sei; der Schwerpunkt Europas sei aus der Mitte der drei großen westeuropäischen Staaten, welche die Träger und den Ursprung aller modernen Civilisation bildeten, nach Osten, an die Rewa, verlegt und so die Geschichte der Welt in die Hände einer halb barbarischen Nation gelegt. Daß die Klabinetspolitik, entgegen den Interessen der Völker, eine solche Wendung der Dinge habe herbeiführen können, habe seine Ursache darin, daß die Gesellschaft sich auf Grund ihrer kapitalistischen Organisation in Millionen Bedürftiger und wenige Reiche getrennt habe: ein Zustand, der notwendig Leid und Haß auf der einen und Verachtung und Uebermuth auf der anderen Seite erzeuge. So nur hätte es geschehen können, daß ein verwegener Mensch, wie Napoleon III., die bevorzugte Klasse für seine Absichten gewann, indem er zu ihr sagte: „Ihr seid zu viele zum Regieren. Gebt mir die Bügel in die Hand; ich will euch schalten und walten lassen, wenn Ihr mich schalten und walten laßt.“ Die Beseitigung der Blut- und Eisen-Politik könne daher nur herbeigeführt werden durch die Beseitigung des Kapitalismus, d. h. durch den Sozialismus. — Die Versammlung, die diesen Auseinandersetzungen mit sichtlichster Befriedigung lauschte, mochte etwa 400 Köpfe zählen.

Auf ein paar Köpfe mehr oder weniger scheint es der „Westfälischen Zeitung“ nicht anzukommen, denn die Versammlung war von weit über 400 Menschen besucht. Doch darüber wollen wir uns weiter nicht groß den Kopf zerbrechen. Es möge genügen, anzuerkennen, daß die „Westfälische Zeitung“ diesmal anständig zu Werke gegangen ist.

Breslau. Das hiesige Parteiorgan „Wahrheit“ bringt in seiner Nummer vom 9. Juni einen für die beteiligten Arbeiterkreise sehr lehrreichen Beitrag zur Handhabung des Haftpflichtgesetzes. Der ganze Vorfall beweist, daß oft schon die geringfügigsten Zufälle hinreichen, den im Dienste des Kapitals verunglückten Arbeiter um allen Schadenersatz zu bringen. Doch hören wir, was die „Wahrheit“ hierüber zu berichten weiß: „Der bei der Schlesienschen Gebirgsbahn, welche von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrieben wird, angestellt gewesene Wagenschieber T. war im Februar 1873 beim Rangiren von Eisenbahnwagen mittelst einer Lokomotive dadurch getödtet worden, daß er, auf dem Trittbrettle der fahrenden Lokomotive stehend, gegen die Ladebühne des Güterbodens gedrückt worden war. Die Hinterbliebenen des T., eine Wittwe und 2 Töchter, beanspruchten auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Schadenersatz, der ihnen jedoch verweigert wurde, weil T. durch eigenes Verschulden beim Rangiren verunglückt wäre. Das Stadtgericht zu Berlin erachtete diesen Einwand der verklagten Direktion für begründet und wies demzufolge die Klage der Wittve T. ab. Dagegen verurtheilte das Kammergericht zu Berlin die Direktion zum Schadenersatz. Auf die Revisionsbeschwerde der Eisenbahndirektion stellte das Reichsoberhandelsgericht, 1. Senat, durch Erkenntnis vom 13. März das Erkenntnis des Stadtgerichts wieder her, indem es in seinem Erkenntnis folgende allgemein interessirende Sätze aussprach: 1) Das Rangiren der Eisenbahnwagen gehört zu den Vorbereitungs- bez. Ausführungshandlungen des Betriebes, und ein dabei sich ereignender Unfall ist in Beziehung auf die Schadenersatzansprüche des Verunglückten oder seiner Angehörigen nach den Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes zu behandeln. 2) Die regelmäßige, unter Duldung eines Aufsichtsbearbeiters geschehene Uebertretung eines Verbots, welches die Eisenbahndirektion zur Sicherheit der Bahnbeamten erlassen, seitens der Bahnarbeiter entschuldigt Letztere nicht, falls sie dabei sich verlegt haben oder verunglückt sind. „Jedenfalls“, bemerkt schließlich das Erkenntnis des Reichsoberhandelsgerichts, „muss ein großes Verschulden des T. darin gefunden werden, daß er den Tritt der Lokomotive bestieg und darauf stehen blieb, als diese in der Nähe des Güterbodens sich befand und im Begriffe war, der Ladebühne entlang zu fahren, während er sich nicht verschweigen konnte, daß er an dieser Stelle an die Güterbodenbühne angeedrückt werden mußte. Zweifelloß waren ihm dadurch seine längere Beschäftigung, zumal er früher gerade im Rangirdienst verwendet worden war, die örtlichen Verhältnisse des Bahnhofs und der geringe Raum zwischen der Ladebühne und dem Tritte einer vorbeifahrenden Lokomotive genau bekannt. Ob die diese besondere Gefährlichkeit jener Stelle bedingenden Lokalverhältnisse normale oder außergewöhnliche waren, ist für die Verschuldungsfrage unerheblich. Nur darauf kommt es an, ob — wie hier bei Lage der konkreten Umstände anzunehmen — diese Verhältnisse augenfällig waren, also wie allen Bahnarbeitern, so auch dem T. bekannt sein mußten. Den bekannten, ihn umgebenden Gefahren muß jeder verständige Mensch bei seinen Handlungen Rechnung tragen. Hiernach kann es nicht einmal von Einfluß sein, ob bei der Anlage der Ladebühne beziehentlich des vorbeifahrenden Schienenstranges das gesetzliche Normalprofil eingehalten war.“

„Von Rechts wegen“ also ist die Verwaltung der Schlesienschen Gebirgsbahn von jeder Verbindlichkeit gegen die Hinterbliebenen des in Diensten der Bahn getödteten Arbeiters entlastet, ob damit aber auch die moralische Verbindlichkeit in Wegfall kommt, das freilich ist eine Frage, die einem simplen Arbeiter gegenüber nicht in Betracht kommt.

Zork (R. L.). Parteigenossen! Das kräftige Emporblühen der sozialdemokratischen Partei hat in letzter Zeit alle unsere vereinigten Gegner aus dem Häuschen gelockt. Die gegnerische Presse leistet in maßlosen Angriffen und Verleumdungen das Menschenmögliche und trachtet uns in den Augen des gesammten Volkes herabzumwürdigen und unsere erhabene Idee in den

Koth zu zerren. Es ist daher die heiligste Pflicht eines jeden Parteigenossen, bei dem bevorstehenden Quartalswechsel mit aller Entschiedenheit für die weitestest Verbreitung unseres Central-Organs „Vorwärts“ einzutreten. Nicht genug, daß Jeder sein Abonnement auf genanntes Blatt erneuert, er muß auch trachten, neue Abonnenten zu gewinnen.

Parteigenossen! Nüht Euch allerorts, damit der „Vorwärts“ neue Abonnenten gewinnt und das Geschrei der Gegner von unserer Unzufriedenheit gegen den „Vorwärts“ in die gebührenden Schranken zurückgewiesen wird. Wo der einzelne Genosse den Betrag von 1,60 Mark pro Quartal für den „Vorwärts“ nicht aufbringen kann, da müssen sich mehrere zusammen vereinigen, denn es gilt nicht nur allein durch die Zahl der Abonnenten unsere Gegner zu schlagen — wir müssen auch trachten, die Ausflärung über unsere Bestrebungen in die weitesten Kreise zu verbreiten.

Außer dem „Vorwärts“ gilt es noch, der „Neuen Welt“ einen größeren Leserkreis zu erwerben, damit sich dieselbe in den Familienkreisen eine dauernde Stätte schafft.

Also auf, Parteigenossen! Nehmt die Werbetrommel zur Hand und ruhet nicht früher, bis wir einziehen in die heiligen Hallen des Sieges. Der 1. Juli muß uns zu einem Freudentage werden, wenn Jeder auf seinem Posten steht. Ohne Kampf kein Sieg! — Trotz Geschäftskrisis und Lohnreduktionen wollen wir treu und fest zur Fahne der Sozialdemokratie stehen und keine Opfer sollen uns zu schwer fallen. Mit der größten Begeisterung bilden die Genossen der ganzen Welt auf unsere Fortschritte und trachten uns nachzuemuliren. Es ist daher um so mehr unsere Pflicht, ununterbrochen auf der einmal betretenen Bahn vorwärts zu schreiten.

Es ist nichts Neues, was ich in diesen Zeilen sage, aber trotzdem kann es nicht oft genug gesagt werden. In jeder Werkstatt, bei jedem geselligen Zusammensein, überhaupt bei jeder Gelegenheit müssen wir uns immer anspornen zu erneuter Thätigkeit.

Meerane, 12. Juni. Im Nachstehenden übergeben wir der Deffentlichkeit eine Lohnstatistik, die auch den Mibdesten klar machen muß, daß ein wirklicher Nothstand selbst da vorhanden ist, wo noch fast ohne Unterbrechung gearbeitet wird. Denn mit solchen Löhnen läßt sich nicht leben, nur vegetiren. Die Statistik wird zeigen, daß die Faktoren als Vermittler die Löhne nicht allein schmälern, sondern daß diese schon aus erster Hand von den Fabrikanten direkt schmal genug für breite und lange Stücke ausbezahlt werden; zugleich wird sich aus der Statistik die Differenz der Löhne in den einzelnen Fabriken erkennen lassen.

Rechnet man die hohe Miete, die enormen Steuern, welche sich von Jahr zu Jahr erhöhen, und die theuren Lebensmittel, so muß man fragen: Wie können die Leute existiren mit ihren Familien, die 4, 5 Köpfe und noch mehr durchgängig zählen? Es sind uns zu diesem Zwecke von der in vorlester öffentlichen Sozialistenversammlung gewählten Commission folgende Belege eingehändigt worden:

1) Die Fabrikanten Gebrüder Schlaich in Meerane geben an Material für 1 Stück Doppelfeder, 8 Gang 4fadig, 61 Cent. oder 26 Leipz. Zoll breit, 53 Meter oder 94 Leipz. Ellen lang, 38 Schuß auf 1 Leipz. Zoll (der Schuß wird durchaus doppelirt mit 1 Fd. Zwirn und 1 Fd. West), 4 u. 4 carrirt, 174 Zahlen Schuß (104 Zahlen West und 70 Zahlen Zwirn), 225 Zahlen Kette, 1/2 oder 3/4 Fd. Zwirn. Lohn 8 Mark. In Abzug kommt für Treiberlohn 0,86, Spulerlohn 1,30, Scheererlohn 0,46, Andreherlohn 0,25. Sa. 2,81. Bleibt für den Arbeiter 5 M. 19 Pf. Das Material in Schuß ist so gering, daß man erst beim Schuß einfach aufspulen muß, um ihn dann zu doppeliren. Ein tüchtiger Arbeiter braucht 5 Tage, ein solches Stück zu fertigen, und kann man im Durchschnitt mehr als die Woche 1 Stück nicht rechnen.

2) Fabrikant Schumann zahlt für 1 Doppelfeld Tartan (9 Gang 2fadig) 96 Ell. lang, a 25 1/2 Zoll breit, 52 Schuß pro Zoll, 14 Mark Lohn. Davon geht ab für Treiben von 244 Zahlen 1,10, für Spulen von 306 Zahlen 1,30, für Scheeren 0,60. Sa. 2,23. Bleibt Arbeitslohn 10,17.

3) Dreifel u. Millner hier zahlen für das Doppelfeld Tartan 93 Ellen 48 Schuß 13 M. 50 Pf. Lohn. Kette 210 Z. Schuß 300 Z. Treiberlohn 0,94, Spulerlohn 1,50, Scheererlohn 0,60, Andreherlohn 0,50. Sa. 3,54. Bleibt für den Weber eigentlicher Arbeitslohn 9 Mark 96 Pf. Darüber muß derselbe aber länger als eine Woche zubringen. Noch im März waren die Stücke 88 Ellen, jetzt aber 93 Ellen lang, 5 Ellen Waare muß ein solcher Weber seither mehr machen, ohne etwas dafür zu haben.

4) Gebrüder Schmieder. (12 Gang 2fadig), a Stück 63 Ell. lang, 72 Schuß per Zoll, 1/2 breit. Lohn 14 Mark. Geht ab Spulerlohn 1,35, Treiberlohn 0,95, Scheerer- und Andreherlohn 1,30. Sa. 3,60. Bleibt 10 M. 40 Pf. Das ist der Lohn für 1 Woche Arbeitszeit.

5) Fabrikant W. Fanghänel zahlt für ein Stück Plaids 61 Ellen lang, 9 Gang a Viertel, 46 1/2 Zoll breit, 9 Mark Arbeitslohn. Davon muß der Weber wieder abrechnen die Nebenausgaben für 142 Z. Kette, 40r u. 20r Zwirn, 207 1/2 Z. Schuß, West u.

6) Fabrikant Schumann hier zahlt für ein 96 Ellen langes Doppelfeld Diagonale, 51 Zoll (a 25 1/2 Zoll) breit, 240 Zahlen Kettengarn, 232 Zahlen Schußgarn, einen Lohn von 16 Mark.

7) Fabrikant F. W. Drzschig hier zahlt Lohn gleichfalls 16 Mark für ein Doppelfeld Lama, a Viertel 9 Gang 4fadig eingestellt, 405 Z. Kette, 225 Z. Schuß (West) 2 u. 2 abgeschossen. Arbeitszeit länger als eine Woche.

8) Fabrikant Langloß, Taffet, 12 Mark Lohn. 105 Ell. Waare (112 Ell. lang zu scheeren, 9 Ell. zum Einarbeiten), 12 Gang 2fadig auf's Viertel breit eingestellt, 328 Z. 60r Zwirn als Kettengarn und 280 Z. ordinären Schuß als Einschußgarn (2 Spuler sind hierzu nöthig); da läßt sich ein wöchentlicher Verdienst des Webers auch nicht einmal annähernd bezeichnen.

9) Straß u. Söhne zahlen dem Hausweber für ein schmales Stück (doppelt wird diese Waare nicht gemacht) 9 Gang a Viertel 84schäftig, 90 Ellen lang, 2 und 1 abgeschossen, 120 Z. Garn zur Kette, 168 Z. Garn zum Schuß, die Hälfte davon muß doppelt gespult werden: 12 Mark Arbeitslohn.

Wir brauchen nichts weiter beizufügen, jedes Auge, nicht nur das des Fachmannes, wird hieraus die Hungerlöhne erkennen und die traurige Lage der Weber, zumal wenn noch Arbeitspausen eintreten, ermessen können.

Bremerhaven, 13. Juni. Resolution. Die am 11. Juni cr. stattgehabte Parteiversammlung erklärt hiermit, daß sie mit dem im „Vorwärts“ angeregten Project betreffs Gründung eines lokalen Parteiblattes für Bremerhaven und Umgegend nicht einverstanden ist und daß die ganze Kraft für thätigste Verbreitung der „Bremer Freien Zeitung“ und des „Vorwärts“ eingesetzt werden soll. Das ganze Unternehmen ist bis auf spätere Zeiten vertagt. S. R. Rahte, Agent.

Briefkasten. Theodor Döschner wird gebeten, Plebnecht seine Adresse mitzutheilen; es gilt die Abgabe einer gerichtlichen Zeugniserklärung vor dem hiesigen Landgericht in Groß-Ilmsfeld.

Quittung. S. Rittmann München Ab. 81,00. Rißb Buda-Pest Ab. 10,00. Arbeiterver. Hardt Ab. 7,22. Rührn Kallenberg Ab. 4,80. Ludwig Stensburg Ab. 30,00. Dr. Wg. Königsberg Ab. 10,10. Exped. der „Fadel“ hier Ab. 6,00. Kempten Ab. 10,00. Rff hier Ann. 2,25. Wflr hier Ab. 0,60. Lud. v. K. Gb Hamburg Ab. 100,00. L. Ugrac Ab. 4,84. M. Frank Buda-Pest Schr. 32,00. Prß Breslau Schr. 1,80. Rtra Danzig Schr. 1,50.

Ch. Glls Hochfeld b. Duisburg: Div. betr. für 2 Scheine 8,48 wird Ihrem Wunsche gemäß verwendet werden.

Fond für Gemahregelte. Von D. R. hier 3,00.

Berliner Wahlfonds. D. Ingram d. F. Gollis 1,35. Ueberhauf v. Extrablatt d. F. hier 5,00. S. Steindern d. G. B. 1,65. Dr. R. M. 5,00.

Anzeigen u. Volksverein. Altona. Mittwoch, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Meier's Ballhaus, gr. Bergstraße: Versammlung. Tagesordnung: Diskussion und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder findet statt. G. Brädmann. [80]

Leipzig. Donnerstag, den 21. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7: Deffentliche Sozialistenversammlung. Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Wittich. Der Agent. [60]

Lichtenstein. Sonntag, den 24. Juni, in den Lokalen des Hotels zum „Goldenen Helm“: Central-Arbeiter-Fest des 17. Wahlkreises. Wir laden hierdurch alle Freunde und Gesinnungsgenossen zu recht zahlreicher Theilnahme freundlichst ein. (2a) (Fr. 65) [240] Das Comité.

Ein Parteigenosse — bekannter Journalist — sucht Stelle als Mitarbeiter eines größeren Parteiblattes oder als Redakteur. Nähere Auskunft ertheilt die Redaktion der „Neuen Welt“ auf frankirte Anfragen unter Chiffre K. 44.

Geübte Cigarren- u. Wickelmacher [270] sowie ein tüchtiger Sortirer oder Sortirerin, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. (Fr. 213) (M. 5347) Offerten unter B. Nr. 1383 an Rudolf Mosse in München.

Das Protokoll des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses ist heute erschienen. Preis pro Stück 25 Pfg., bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg. Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III. Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Sozialist. Rundschau. Dieses Blatt, dessen Herausgabe vom Sozialisten-Congress in Gotha beschloffen wurde, erscheint monatlich einmal unter Redaktion von H. Oldenburg in Hamburg zum Preise von 20 Pfg.; durch die Post bezogen vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 60 Pfg. Dasselbe wird einen Ueberblick über die sozialistische Propaganda jedes verfloffenen Monats, sowie Berichte über interessante, auf die sozialistische Partei bezügliche Vorkommnisse bringen, und so Jedem Gelegenheit bieten, sich über die Parteiverhältnisse zu unterrichten. Die erste Nummer gelangt Ende dieses Monats zur Veröfentlichung. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der „Sozialistischen Rundschau“ Hamburg, Amelungsstraße 6.

Verlag von A. Erleckt in London. Sechs Monate in einem preislichen Centralgefängnisse. Aus den Folgen eines modernen Justizmordes nebst einer Einleitung: Auszug aus den Prozessakten. Von einem Verbannten. gr. 8. Elegant ausgestattet Preis 1 Mark 50 Pfg. [210] Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Hrn. Siegmund u. Volkering in Leipzig zu beziehen: „Arbeiterkrankheiten“ 1. Schädliche Gase 2. Schädliche Dämpfe als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgeführten Fabrikationszweige. Von H. A. Moralt. Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partien bedeutender Rabatt. Augsburg, im Juni 1877. [36] 3,90] Volkbuchhandlung von J. Endres, G. Nr. 322.

Zahlungs-Aufforderung. Folgende Annoucerente sind ungesäumt zu zahlen: Altona, Band- und Erbarbeiter-Gewerkschaft M. 0,90, Metzlarbeitergewerkschaft M. 0,60. Berlin, Zimmererkrankenkaße Rest M. 1,20. Köln, Arbeiter-Viertheil Rest M. 0,90, Bahloverein M. 1,80. Leipzig, Gewerkschaftsvorstand Ludwig R. 1,00, Neuführer M. 0,90. Mübigen a. Rh. Bahloverein M. 0,60. St. Gallen, Allg. Arb.-Verein M. 1,20. Zahlungen in Briefmarken erbeten. Leipzig, den 14. Juni 1877. Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig. Redaktion und Expedition s. Adressen 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.